



**Integrationsausschuss (24.),
Ausschuss für Schule und Bildung (58.),
Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (59.) und
Ausschuss für Heimat und Kommunales (51.)**

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

17. September 2024

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:02 Uhr bis 16:19 Uhr

Vorsitz: Dr. Gregor Kaiser (GRÜNE) (IntA)

Protokoll: Benjamin Schruff

Verhandlungspunkt:

Schwarz-Grün darf Kommunen nicht im Stich lassen – das Förderprogramm „Südosteuropa“ muss weitergeführt werden

3

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/9160

– Anhörung von Sachverständigen (*s. Anlage*)

* * *

Schwarz-Grün darf Kommunen nicht im Stich lassen – das Förderprogramm „Südosteuropa“ muss weitergeführt werden

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/9160

– Anhörung von Sachverständigen (*s. Anlage*)

Vorsitzender Dr. Gregor Kaiser: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich begrüße Sie alle recht herzlich zu dieser gemeinsamen Anhörung am heutigen Tage. Ich möchte mich an dieser Stelle bei allen Sachverständigen für die abgegebenen Stellungnahmen und für ihre Anwesenheit heute herzlich bedanken.

Aus zeitlichen Gründen – darauf haben wir uns verständigt – ist es nicht vorgesehen, dass die anwesenden Sachverständigen ihre schriftlichen Stellungnahmen in Eingangsstements mündlich zusammenfassen. Ich gehe davon aus, dass alle Abgeordneten die schriftlichen Stellungnahmen gelesen und ausgewertet haben und nunmehr Fragen an die Sachverständigen richten, um einzelne Sachverhalte zu vertiefen bzw. zu hinterfragen.

Pro Fragerunde kann jede Fraktion bis zu drei Fragen an ein bis zwei Sachverständige richten. Die Sachverständigen haben anschließend maximal drei Minuten Zeit, um diese Fragen zu beantworten.

Silvia Gosewinkel (SPD): Vielen Dank an alle Sachverständigen dafür, dass sie uns im Vorfeld so ausführliche Stellungnahmen zugeleitet haben, die uns die Arbeit hier deutlich erleichtern. – Meine ersten drei Fragen gehen an Frau Soddemann und Herrn Gerwin.

Erstens. Welche konkreten Auswirkungen hätte die Einstellung des Förderprogramms „Südosteuropa“ auf die Integrationsarbeit und die sozialen Strukturen in den betroffenen Kommunen?

Zweitens. Inwiefern unterscheidet sich das Förderprogramm „Südosteuropa“ von anderen Förderprogrammen wie etwa dem Kommunalen Integrationsmanagement, kurz KIM?

Drittens. Warum ist die Fortführung dieses spezifischen Programms aus Ihrer Sicht erforderlich?

Dietmar Panske (CDU): Auch von der CDU-Fraktion herzlichen Dank an die Sachverständigen für die eingereichten Stellungnahmen und dafür, dass Sie heute mittels Ihrer Expertise versuchen, uns die Dinge ein Stück weit näherzubringen.

Ich habe in der Summe drei Fragen, zwei gehen an den Kreis Coesfeld und eine an die Stadt Dortmund. Kreis Coesfeld: Den Stellungnahmen kann man entnehmen, dass Förderprogramme natürlich mit einem hohen bürokratischen Aufwand verbunden sind, etwa um Verwendungsnachweise zu führen. Bitte machen Sie das noch ein bisschen

deutlicher. Sie hatten in Ihrer Stellungnahme ausgeführt, dass es möglicherweise sinnvoll sei, bestimmte Einzelprojekte, Förderprojekte in eine Gesamtstruktur, ein Gesamtkonzept zu überführen; KIM wäre da ein Stichwort. Dazu würde ich gerne Ihre Meinung hören.

Stadt Dortmund: Sollte man solche Einzelprojekte nicht besser langfristig in ein Gesamtkonzept einbinden – auch hier wäre KIM das Stichwort –, um feste Strukturen zu schaffen?

Gönül Eglence (GRÜNE): Auch von mir ein herzliches Dankeschön für Ihr Erscheinen und die übermittelten Stellungnahmen. – Ich habe zwei Fragen. Die erste geht an Herrn Gerwin, Frau Soddemann und Herrn Schütt. Bei der Beantragung der SOE-Fördermittel mussten die Kommunen vorher Konzepte dazu einreichen, wie sie die geförderten Maßnahmen nach Ablauf der Modellprojektförderung in die Regelstruktur überführen wollen. Können Sie uns jeweils kurz darlegen, was Sie da vorgeschlagen haben, wie das nach Ihren jeweiligen Konzepten passiert?

Meine zweite Frage richtet sich direkt an die Stadt Hagen, aber vielleicht können die beiden anderen auch darauf eingehen. In Ihrer Stellungnahme haben Sie geschrieben, dass eine Überführung in KIM nicht eins zu eins möglich sei. Wir sind aktuell dabei, die Strukturen von KIM zu analysieren und weiterzuentwickeln. Wie sollte KIM Ihrer Ansicht nach weiterentwickelt werden, damit die Zielgruppen des Förderprogramms darüber weiter begleitet werden können?

Marc Lürbke (FDP): Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch im Namen der FDP-Fraktion ganz herzlichen Dank für Ihre ausführlichen Stellungnahmen und vor allen Dingen für die Möglichkeit, heute mit Ihnen ins Gespräch zu kommen. Das ist sehr hilfreich für unsere Arbeit.

Wir haben klare Vorgaben dazu, wie viele Fragen wir stellen dürfen. Zunächst habe ich eine Frage an Herrn Schuster vom Städtetag. Wenn man in den aktuellen Haushaltsplanentwurf des Landes für 2025 schaut, stellt man fest, dass erhebliche Kürzungen bei der integrationspolitischen Infrastruktur zu erwarten sind. Wie bewerten Sie es, Bestandteile der niedrigschwelligen Angebote für diese Zielgruppe in das KIM zu überführen?

Die nächste Frage geht an Frau Soddemann und Herrn Gerwin. In den Stellungnahmen wurde die muttersprachliche Beratung und Begleitung durch Sprach- und Kulturmittler thematisiert. Inwiefern wäre dieses Angebot von einem Wegfall von Fördermitteln betroffen? Bitte führen Sie aus, was bei einer Überführung in KIM hinsichtlich der in der Förderrichtlinie festgelegten Anforderungen an das Qualifikationsniveau der Beschäftigten geschehen würde.

An die beiden soeben genannten Sachverständigen habe ich eine weitere Frage. Wenn ich es richtig verstanden habe, wird in den Stellungnahmen ein vierter KIM-Baustein vorgeschlagen. Können Sie es ein bisschen mit Leben füllen, wie der ausgestaltet werden könnte und sollte?

Enxhi Seli-Zacharias (AfD): Meine sehr geehrten Damen und Herren Sachverständige, ich habe eine konkrete Frage an Herrn Gerwin und Frau Soddemann. Welche tatsächlich messbaren Erfolge hatte das Förderprogramm „Südosteuropa“ in den letzten Jahren in Dortmund und in Hagen? Wenn ich sage „messbare Erfolge“, meine ich unter anderem die Vermittlung in sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse. – Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Gregor Kaiser: Ein großer Teil der Fragen ist an Frau Soddemann und Herrn Gerwin gestellt worden. Ich würde Ihnen beiden ein, zwei Minuten mehr Zeit geben, damit Sie umfassend antworten können.

Detlef Schütt (Kreis Coesfeld): Guten Tag! Herzlichen Dank für die Einladung, hier als Sachverständiger dabei sein zu dürfen. – Ich habe verschiedene Fragen gestellt bekommen. Es ging um den bürokratischen Aufwand und die Einzelprojekte bzw. das Gesamtprogramm.

Wir haben die Situation, dass viele Angebote immer nur jährlich vorhanden sind. Wir haben die Schwierigkeit, dass die Förderbescheide immer nur jährlich abgegeben werden. Das führt letztendlich dazu, dass es Unruhe in der Belegschaft und bei den Verbänden gibt. Das ist ein großes Problem. Wenn man verschiedene kleine Einzelprogramme hat, die spezielle Zielrichtungen haben, wird es noch schwieriger, das zu organisieren. Insofern wäre es für mich viel einfacher, ein Gesamtprogramm zu haben, das die nötige Flexibilität aufweist und bei dem möglichst auch mehr Planungssicherheit vorhanden ist.

Die Case-Manager sind bei uns zum Glück jetzt unbefristet beschäftigt. Das ist bei einigen anderen Trägern noch nicht der Fall, das heißt, es gibt letztlich immer das Risiko, dass im Folgejahr vonseiten des Landes keine Finanzierung mehr erfolgt. Uns ist das aber so wichtig, dass wir gesagt haben: Wir wollen diese wichtige Aufgabe auf jeden Fall mit unbefristeten Beschäftigungsverhältnissen versehen. – Da das auf unserer Seite, auf der kommunalen Seite so dargestellt und Verantwortung übernommen wird, wäre es sehr hilfreich, auch auf der anderen Seite die nötige Flexibilität zu haben und nicht mit verschiedenen Sonderprogrammen arbeiten zu müssen.

Zur Frage, wie es in die Regelstruktur überführt werden soll, wenn es nicht weitergeführt wird, wenn die SOE-Förderung nicht mehr da ist: Unser KIM, unser Case-Management sind gut aufgestellt, und wir gehen davon aus, dass wir diese Aufgaben mit dem vorhandenen Personal erledigen könnten.

Martina Soddemann (Stadt Hagen): Herzlichen Dank. – Ich will versuchen, die zahlreichen Fragen kurz und knapp zu beantworten. Es hängt einiges zusammen, und der Kollege Gerwin kann das sicherlich gleich noch sehr gut ergänzen.

Wir haben in der Stellungnahme dargestellt, in wie vielfältiger Weise wir dieses Programm nutzen. Zentrale Aspekte sind insbesondere die Sprach- und Kulturmittler sowie das Quartiersmanagement. Die Sprach- und Kulturmittler kommen aus der Community und sind damit für uns Türöffner an ganz vielen Stellen, etwa hinsichtlich des

Zugangs zum Case-Management, der Beratung im Kontext des Jugendamtes oder der Sicherheit und Ordnung. Sie decken also einen vielfältigen Bereich ab. Wenn diese Stellen nicht mehr da sind – es wurde nach den Auswirkungen gefragt –, fällt diese Struktur bei uns weg, und wir verlieren wichtige Zugänge.

Hagen hat einen Anteil von 4 % dieser Zugewanderten an der Gesamtbevölkerung. Wir sind also besonders stark betroffen. Das macht die Arbeit an vielen Stellen deutlich schwerer. Insoweit gibt es auch einen Unterschied zu anderen Programmen – das war eine weitere Frage. Das betrifft auch den vierten KIM-Baustein, den wir in unserer Stellungnahme genannt haben.

Das Programm hat für uns den riesengroßen Vorteil, dass wir die Mittel bedarfsgerecht einsetzen können, insbesondere für Sprach- und Kulturmittler. Fällt das weg, ist eine Rahmenbedingung nicht erfüllt, auch nicht über das KIM. Wir könnten sie aufgrund des Qualifikationsniveaus aktuell tatsächlich nicht in die KIM-Struktur überführen, selbst wenn wir die Kapazitäten dafür hätten. Was braucht es, um das weiterzuführen? Es bräuchte eine Veränderung der Förderrichtlinie, die uns eine entsprechende Flexibilität im Einsatz der Mittel gibt, sowohl was personelle Mittel als auch Sachmittel angeht. Gleichzeitig bräuchten wir einen vierten Baustein.

Eine Stadt wie Hagen als überschuldete Kommune in der Haushaltssicherung braucht bei diesen Einsätzen tatsächlich finanzielle Unterstützung. Mit unseren derzeitigen Case-Management-Stellen, die alle voll besetzt sind, haben wir nicht die Möglichkeit, das aufzufangen. In Hagen haben wir neben der Südosteuropazuwanderung auch andere starke Zuzüge, die dazu führen, dass wir die Mittel, die Case-Manager für andere Gruppen brauchen, obwohl wir im Bereich des KIM schon einen Schwerpunkt gesetzt haben.

Für uns spricht nichts dagegen – das war die Frage von den Grünen –, das in die Regelstruktur zu überführen. Wir haben das in unserem Konzept bzw. Antrag dargestellt. Wir haben sowohl eine inhaltliche als auch eine strukturelle Verzahnung der beiden Angebote. Die strukturelle Verzahnung besteht darin, dass wir die projektgeförderten Maßnahmen in der gleichen Abteilung, sogar in der gleichen Sachgruppe haben wie das KIM-Case-Management. Sie werden also von einer Hand geführt. Außerdem haben wir eine inhaltliche Verzahnung. Unter anderem sorgen die Sprach- und Kulturmittler dafür – ich hatte es schon gesagt –, dass wir Zugänge zum KIM-Case-Management herstellen können, ansonsten kämen wir an diese Gruppe nur schwer heran.

Wir haben beim KIM-Case-Management ungefähr 55,5 Beratungen pro Vollzeitäquivalent, ein sehr hoher Anteil davon betrifft Südosteuropa. Wenn das wegfällt, wenn dieser Zugang wegfällt, werden die Beratungen wieder heruntergehen, und wir verlieren die entsprechenden Verbindungen.

Ich will die Unterschiede bei den Programmen hervorheben. Besonders geholfen hat uns die Flexibilität und die eher einfache Abrechnung. Wenn es in eine Regelstruktur überführt wird, würden wir uns wünschen, dass es so einfach bleibt. Der bürokratische Aufwand ist bei diesem Programm vergleichsweise gering, sodass wir uns natürlich wünschen würden, dass das übernommen wird.

Ich glaube, nicht nur Gelsenkirchen, Dortmund oder Duisburg sagen, dass wir eine Absicherung über eine Regelstruktur, eine strukturelle Unterstützung in diesem Feld brauchen, weil das eine langfristige Aufgabe ist, die wir in den Städten haben. Insoweit wäre eine Überführung in die KIM-Struktur logisch, aber wir bräuchten dann einen entsprechenden Rahmen, sodass wir das weiter umsetzen können.

Uwe Gerwin (Stadt Gelsenkirchen): Herzlichen Dank für die Möglichkeit, hier Stellung zu nehmen. – Ich vertrete die Stadt Gelsenkirchen. Frau Certa, die eigentlich für die Stadt Dortmund hier sein sollte, ist kurzfristig erkrankt und hat mich gebeten, sie zu vertreten. Ich musste schmunzeln, als Dortmund und Gelsenkirchen in einen Topf geworfen wurden.

(Heiterkeit von Volkan Baran [SPD])

Was wären die Auswirkungen, wenn das Programm entfielen? Die erste direkte Auswirkung wären 350.000 Euro weniger per annum für die beteiligten Kommunen und Kreise. Wir nutzen das Programm maßgeblich als passgenaue Verbindung zwischen Regelstrukturen und weiteren Förderprogrammen. In Gelsenkirchen beispielsweise haben wir insgesamt 25.000 Menschen, die in den letzten Jahren neu in die Stadt gekommen sind, das sind rund 10 %. Da gilt es, eine Menge Arbeit in den Stadtteilen zu erledigen: etwa Muttersprachlichkeit gewährleisten, Schule bzw. den Bildungsbereich organisieren, Regeln vermitteln, Konfliktmanagement in den Stadtteilen betreiben. Dieses Programm hat die Möglichkeit geboten, es in den einzelnen Kommunen bzw. Kreisen in die jeweiligen Systeme einzupassen und eine gute Integrationsinfrastruktur aufzubauen. Dort bricht aus meiner Sicht jetzt eine maßgebliche Säule, ein verbindendes Element weg.

Zum Charme des Programms: hundertprozentige Förderung, Passgenauigkeit, flexible Nutzbarkeit und die Möglichkeit – Frau Soddemann hat es gesagt –, Personal nicht nach formalen Qualifikationen, sondern nach den Kompetenzen, die benötigt werden, einzustellen.

Die Kommunen können diese 350.000 Euro nicht – das gilt jedenfalls für Gelsenkirchen, und bei Dortmund gehe ich auch davon aus – aus den kommunalen Haushalten kompensieren. Die Integration, die Zuwanderung, gerade aus Südosteuropa, ist eine Daueraufgabe. Das erleben wir seit 2013, und das wird uns weiter verfolgen. Dieses SOE-Programm bietet die Möglichkeit, passgenau zu agieren und dadurch eine stimmige Gesamtstruktur aufzubauen. KIM setzen wir natürlich auch um, aber das ist aus meiner Sicht nicht tauglich, das SOE-Programm komplett kompensieren zu können, weil es eine andere Logik hat. Die Case-Manager haben einen sehr klaren Arbeitsrahmen, da geht es um komplexe Beratungsfälle. Unsere SOE-Menschen setzen wir, auch mit Blick auf die sogenannte Aufnahmegesellschaft, in den Stadtteilen eher zum Konfliktmanagement ein, etwa bei der Schulmittlung. Das sind meines Erachtens keine Arbeitsbereiche, die über das KIM-Case-Management abgedeckt werden könnten. Von daher ist dieses Programm sehr wichtig für uns.

Nachhaltigkeit ist für uns immer ein großes Thema, bei jedem Förderprogramm wird die Frage danach gestellt. Das ist unser Tagesgeschäft. Natürlich haben wir auch

Pläne dazu – das kann ich vielleicht gleich noch erläutern –, wie wir Teile des Programms über andere Aspekte kompensieren können, aber schlussendlich bleibt es bei 350.000 Euro weniger, das können wir nicht kompensieren.

Wir würden uns auch die Weiterentwicklung des Kommunalen Integrationsmanagements mittels eines vierten Bausteins wünschen. Dabei müsste es dann darum gehen, das so notwendige flexible und passgenaue Agieren zu ermöglichen, etwa indem man sich mit muttersprachlichen Kräften in den Stadtteilen bewegt. Das könnte in einen vierten Baustein integriert werden, idealerweise bei gleichzeitiger finanzieller Kompensation. Das hätten wir sehr gerne.

Zum Thema der messbaren Erfolge: Bei uns war die Arbeitsmarktintegration kein primäres Ziel dieses Programms. Ich kann berichten, dass in den letzten Jahren in den Gelsenkirchener Stadtteilen 463 Nachbarschaftskonflikte bearbeitet worden sind, dass die Kollegen in 2023 über 1.600 Stunden lang in den Stadtteilen präsent gewesen sind, um der Aufnahmegeellschaft zu zeigen, dass Behörden unterwegs sind und wir uns umeinander kümmern. Wir haben fast 1.200 Hausbesuche, 130 eigene Veranstaltungen gemacht, etwa Info-Cafés über Kfz-Regelungen oder Müllentsorgung und vieles andere, und wir haben fast 7.000 Beratungen durchgeführt. Damit will ich deutlich machen, dass wir das durchaus zählen. Inwieweit das – das ist ein großes Thema – eine langfristige Wirksamkeit hat, können wir mit diesen Ressourcen nicht messen. Ich gehe aber fest davon aus, dass dieses Programm maßgeblich dazu beigetragen hat, dass das Zusammenleben in Gelsenkirchen zumindest an einigen Stellen noch gut funktioniert.

Vorsitzender Dr. Gregor Kaiser: Wenn das Auswechseln im Fußball zwischen Blau und Gelb genauso gut klappen würde, wäre das hervorragend.

(Zuruf von der SPD: Das will keiner! – Heiterkeit)

Andre Schuster (Städtetag Nordrhein-Westfalen): An mich ging die Frage zum Haushalt, auf die ich natürlich eine ganz kurze Antwort geben kann: Ja, es ist eine Kürzung, und Kürzungen sind immer schlecht. Mit Blick auf die Integration ist das fatal. Wir haben schon gehört und ich will gar nicht wiederholen, welchen Charme dieses Förderprogramm für die Kommunen hat, gerade für diejenigen Kommunen, die besonders betroffen sind. Wir müssen uns vergegenwärtigen, dass die Zuwanderung aus Südosteuropa kein vorübergehendes, sondern ein dauerhaftes Phänomen ist. Mit der geplanten EU-Erweiterung wird sich das Ganze vielleicht verstetigen oder sogar vergrößern – ich will jetzt nicht „verschlechtern“ sagen. Die Kürzung ist auf jeden Fall fatal.

Ich will auf einige Punkte eingehen, die schon genannt worden sind. Da ist insbesondere die Flexibilisierung: In jeder Kommune – das ist es, was wir geschildert bekommen – gibt es unterschiedliche Ansätze und Konzepte, mit diesen Mitteln umzugehen. Das ist das Besondere und Herausragende. Wir haben schon gehört, dass es in der Abrechnung etwas leichter ist.

Wenn wir das Ganze vor dem Hintergrund des Haushalts betrachten, ist das natürlich fatal. Es ist zwar angedacht, dass das in KIM überführt werden soll, also in eine

bestehende Regelstruktur, die in NRW weiterhin Bestand hat – NRW kann sicherlich stolz drauf sein, dass es KIM gibt –, aber das spezielle Förderprogramm „Südosteuropa“ passt da in dieser Form noch nicht hinein. Es müsste also angepasst werden, und es müsste vor allem um die Mittel aufgestockt werden, die es vorher gab. Das wäre ein gangbarer Weg.

Was passiert, wenn das nicht passiert? Dann würden die Strukturen, von denen wir jetzt schon mehrfach gehört haben, vielleicht in Teilen erhalten bleiben, aber eben nicht vollständig kompensiert werden. Das wäre auf verschiedenen Ebenen fatal. – Danke schön.

Silvia Gosewinkel (SPD): Ich hab eine weitere Frage an Frau Soddemann aus Hagen und Herrn Gerwin aus Gelsenkirchen. An dieser Stelle möchte ich betonen, dass ich mich zwischen den Abgeordneten aus Gelsenkirchen und Dortmund sehr wohl fühle.

(Heiterkeit – Zuruf von Gönül Eglence [GRÜNE])

Wie würde sich die Fortsetzung der im Antrag geforderten finanziellen Unterstützung auf die Integrationsarbeit bei Ihnen vor Ort, in den einzelnen Kommunen auswirken? Vielleicht können Sie darauf gezielt eingehen.

Meine zweite Frage geht an Herrn – ich hoffe, ich spreche es richtig aus – Dzemailovski vom Verein Carmen. Vielleicht können Sie aus Ihrer Sicht schildern, welche Erfolge, welchen Mehrwert das SOE-Förderprogramm in den einzelnen Städten bzw. Kommunen vor Ort mit sich brachte, insbesondere auch für Ihre Arbeit.

Dietmar Panske (CDU): Ich habe in der zweiten Runde Fragen an Herrn Schütt vom Kreis Coesfeld, Herrn Schuster vom Städtetag und an die beiden Vertreter von Carmen e. V.

Herr Schütt, Sie hatten in Ihrer Stellungnahme geschrieben bzw. in Ihrem Statement gesagt, dass Sie auch im Kreis Coesfeld Zuwanderung aus Südosteuropa hätten, Sie es aber schafften, mittels der bestehenden Strukturen des Case-Managements Dinge aufzufangen. Wenn Sie dazu vielleicht noch etwas sagen könnten.

Herr Schuster, der Landkreistag – für den Sie natürlich nicht sprechen – schreibt, dass man die aus dem Förderprogramm finanzierten wegfallenden Stellen möglicherweise über bestehende Strukturen, insbesondere die des Case-Managements, kompensieren könnte. Meines Wissens ist die Aufgabenbeschreibung nicht überall gleich, nicht überall so detailliert, da eine gewisse Flexibilität im System ist. Dazu wüsste ich gerne Ihre Meinung.

An die beiden Vertreter von Carmen e. V. als Vertreter der Betroffenen: Wäre es nicht sinnvoll, ein solches Förderprogramm in feste Strukturen zu überführen? Ich könnte mir vorstellen, dass in den Strukturen in den Regionen, in den Städten, in den Kreisen viele Menschen mit einem entsprechenden Hintergrund arbeiten, vielleicht auch solche, die aus Südosteuropa kommen. Dazu würde mich Ihre Meinung interessieren.

Gönül Eğlence (GRÜNE): Diesmal habe ich meinen schulpolitischen Hut auf, wenn ich das einmal kurz anmerken darf. Ich würde Herrn Gerwin gerne etwas zum Konfliktmanagement im Bildungsbereich fragen. Erzählen Sie doch bitte einmal, was da genau passiert, und ob es Ähnlichkeiten unabhängig von Zielgruppen gibt. Da Sie von Konfliktmanagement sprechen, wird es das ja wohl unabhängig von Zielgruppen geben.

Herrn Dzemailovski von Carmen e. V. möchte ich auch etwas fragen. Ich finde es übrigens wichtig, Ihre Stellungnahme zu erwähnen, deshalb mache ich das jetzt einmal kurz. Es gibt Kinder und erwachsene Menschen aus der Community, die sich nicht frühzeitig oder sogar gar nicht outen. Dieses Misstrauen ist historisch gewachsen – das finde ich wichtig, zu betonen. Sie machen schon sehr viel. Welche Rolle können bzw. wollen Sie außerhalb eines solchen speziellen Programmes übernehmen, um für die Community zu wirken?

Marc Lürbke (FDP): Ich hätte eine Frage an Herrn Schütt aus Coesfeld. Sie haben in ihrer Stellungnahme die Auffassung vertreten, dass sich die Aufgaben aus dem bisherigen Förderprogramm auch mit den vorhandenen Ressourcen bewältigen ließen. Meine Frage wäre, ob Sie das auch so sehen, wenn durch das Land jetzt Kürzungen bei der Integrationsinfrastruktur vorgenommen werden.

Die Stichworte „Bürokratie“ bzw. „Bürokratieabbau“ fielen schon. Das geht an Sie, Herr Schütt, aber vielleicht auch – ich schaue in Richtung des Vorsitzenden – die anderen Sachverständigen. Wenn jemand von Ihnen einen Vorschlag hat, wie wir Bürokratie abbauen können, sollte er sich bitte zu Wort melden. Jeder Vorschlag ist herzlich willkommen. Dazu, was den Bürokratieabbau angeht bzw. was man tun kann, um den Aufwand hinsichtlich der Förderung zu reduzieren, würde ich also gerne ein bisschen offener fragen.

Vorsitzender Dr. Gregor Kaiser: Alle Sachverständigen kommen gleich zu Wort und können gegebenenfalls einen Schlenker dazu machen, damit Sie zufrieden sind.

(Zuruf von Marc Lürbke [FDP])

Enxhi Seli-Zacharias (AfD): Im Antrag ist als letzter Punkt die Forderung formuliert, die missbräuchliche Vermietung von Schrottimmobilien und das Organisieren von Zugängen in die Sozialsysteme als Geschäftsmodell zu bekämpfen. Diesen Punkt würde ich aufgreifen wollen. Herr Gerwin, wir sehen uns ja des Öfteren im Integrationsrat für Gelsenkirchen. Ich weiß also, wie die Stadt in Bezug auf das Konfliktmanagement agiert, nicht nur mittels des Programms, sondern auch über das Referat Ordnung usw. Bei uns ist die Problematik der Schrottimmobilien vielleicht noch etwas intensiver als in anderen Kommunen. Herr Gerwin, Frau Soddemann und Herr Schütt, inwieweit kann man den Punkt, der im Antrag genannt wird, in Verbindung mit dem Förderprogramm sehen bzw. als Phänomenbereich, der uns in den nächsten Jahren noch weiter begleiten wird? Wie kann man dem in Verbindung mit dem Förderprogramm entgegenreten?

Andre Schuster (Städtetag Nordrhein-Westfalen): Mir wurde die Frage gestellt, wie die Stellen kompensiert werden könnten. Herr Schütt hatte schon erwähnt, dass das KIM so aufgestellt sei, dass Strukturen teilweise übernommen werden könnten. Wir haben aber auch gehört, dass die Angebote, die mittels des Förderprogramms unterbreitet würden, ganz unterschiedlich seien. Das ist nicht one size fits all, wir können es also nicht einfach in KIM übertragen und fertig. Wir haben ganz unterschiedliche Ansätze in diesem Förderprogramm, das macht es ja so attraktiv. Die Arbeitsmarktintegration ist auch ein Teil von KIM. Wenn solche Verbindungen da sind, lassen sich Dinge ohne Weiteres übertragen.

Komplett wegfallen würde aber zum Beispiel die aufsuchende Arbeit. Gerade das ist aber bei diesem Programm sehr wertvoll, weil wir es ja mit einer Zielgruppe zu tun haben – das können die Vertreter von Carmen e. V. vielleicht gleich bestätigen –, die nicht von sich heraus direkt auf Behörden zugeht. Deshalb profitieren sie von Strukturen wie aufsuchender Arbeit, von Leuten aus der Community, die mit ihnen sprechen. Diese Strukturen, die so wichtig sind – das wurde gerade schon gesagt –, um den sozialen Frieden in bestimmten Stadtteilen zu wahren, um Quartiersmanagement zu gewährleisten, würden wegfallen. Das lässt sich durch KIM nicht kompensieren. Arbeitsmarktintegration und diese Aspekte ließen sich übertragen, aber nicht die wichtige aufsuchende Arbeit.

Natürlich sagt der Städtetag NRW ganz klar, dass wir ein Gesamtkonzept brauchen. Deswegen ist es auch wichtig, einen anderen kritischen Punkt anzusprechen: In der Landesregierung fehlt eine Arbeitsebene, um die Integration von Zuwanderern aus Südosteuropa interministeriell aufzustellen. Man muss sich generell ein Gesamtkonzept dazu überlegen, wie man mit der Zuwanderung aus Südosteuropa umgehen kann.

Uwe Gerwin (Stadt Gelsenkirchen): Wenn ich da kurz anknüpfen darf: Ich glaube, die Kommunen haben alle ein Gesamtkonzept und arbeiten sowohl im Integrationsbereich als auch im ordnungspolitischen Bereich sehr eng zusammen, tauschen sich untereinander aus und ringen um die besten Konzepte.

Eine Frage war, wie sich eine Fortsetzung des Programms auswirken würde. Wir könnten unsere gute Arbeit weiterentwickeln. Das SOE-Förderprogramm ist ein Mosaikstein in entsprechenden Gesamtkonzepten mit vielen verschiedenen Aspekten und der Möglichkeit, passgenau dort etwas zu tun, wo wir noch Lücken haben.

Wir nutzen auch ESF-Programme, das sind richtige Bürokratiemonster.

(Heiterkeit von Gönül Eğlence [GRÜNE])

Sie sind sehr festgelegt. Im Vergleich sind die Landesprogramme noch sehr angenehm. Das SOE-Programm gibt uns die Möglichkeit, Übergänge zu schaffen und genau das zu leisten, was uns derzeit noch fehlt. Von daher könnten wir die gute Arbeit weiterführen. Wir könnten zum sozialen Frieden in den Stadtteilen beitragen. Wir könnten den Leuten, die frisch nach Gelsenkirchen oder auch nach Dortmund gekommen sind, schnell zeigen, wo es langgeht. Wir könnten Kindergartenplätze empfehlen, wir könnten sagen, wie Schule funktioniert usw.

Das Thema „Konfliktmanagement“ ist mir ein großes Anliegen, weil es dabei letztendlich darum geht, dass die armutsgefährdeten, prekären Stadtteile funktionieren. Da müssen wir nicht immer von Integration reden, vielmehr geht es darum, wie die Menschen miteinander umgehen. Wir haben eine relativ hohe Beschwerdelage. Ich finde es nicht unbedingt immer zielführend, dann die Oberbürgermeisterin anzusprechen. Stattdessen sollten wir Menschen in den Stadtteilen haben, die angesprochen werden können, die Nachbarn zusammenbringen und sagen: Hör mal, das Grillen im Hinterhof bis 3 Uhr nachts ist vielleicht nicht ganz so glücklich. – Sie versuchen, für Kontakte zu sorgen, sodass Quartiere wieder funktionieren. In Städten wie Gelsenkirchen ist das unausweichlich. Wir haben jetzt ein Pilotprogramm in zwei Stadtteilen, in Horst und Rotthausen, und probieren das gerade mit einer Begleitung aus. Ich hoffe, dass wir das irgendwann ausrollen können.

Das Gegenteil von Förderprogrammen ist eine pauschale Förderung. Städte wie Hagen, Dortmund, Gelsenkirchen etc. hätten es natürlich gerne, nicht erst Anträge stellen und administrativ groß tätig werden zu müssen. Vielmehr sollte klar sein, dass es Herausforderungen gibt, aber ein Grundvertrauen in die Kommune gegeben ist, sodass eine pauschale Förderung erfolgt, die im Nachgang natürlich korrekt abzurechnen ist.

Frau Seli-Zacharias, danke für die Frage. In der Tat geht es vor dem Hintergrund dieser Armutsentwicklung, dieser Armutszuwanderung darum, zu schauen, wie die Quartiere weiterentwickelt werden können. Das geht nur durch Interdisziplinarität, das geht nur durch ein Zusammenwirken von Integrationsangeboten für die Menschen, das geht nur, indem man schwierige Strukturen bekämpft.

Wir haben 9.000 leere Wohnungen in Gelsenkirchen. Da ist es wichtig, auch das Thema „Schrottimmobilien“ anzugehen, und zwar nicht, um Wohnraum zu vernichten, sondern um den Profiteuren, die versuchen, aus irgendwelchen unsagbaren Immobilien Kapital zu schlagen, das Handwerk zu legen. Da ist unsere Stadtplanung sehr aktiv. Frau Oberbürgermeisterin hat ein gutes Programm eingeworben. Wir stehen in engem Austausch und sind in den Quartieren interdisziplinär unterwegs, mit dem Städtebau, mit der Ordnung, mit unseren Integrationsangeboten, mit dem Konfliktmanagement, auch mit den freien Trägern.

Ich glaube, das ganze Thema – da bin ich bei Ihnen, Herr Schütt – muss man sehr ganzheitlich betrachten. Wir brauchen grundsätzlich ganzheitliche Konzepte, aber gewisse Förderregularien schließen das an der einen oder anderen Stelle manchmal aus. Das ganze Thema der Armutsentwicklung, der Armutsbekämpfung lässt sich meines Erachtens nur interdisziplinär angehen, baulich, ordnungspolitisch und integrativ.

Sami Dzemailovski (Carmen – Internationaler Kultur- und Sportverein der Roma):

Vielen Dank für die Einladung. – Ich muss sagen, dass wir dieses SOE-Programm – über den Namen kann man diskutieren – als Verein schon lange vorher gefordert haben. Wir sind sehr glücklich, dass die vorherige Landesregierung das umgesetzt und ein Programm aufgestellt hat, von dem schon 23 Kommunen profitiert haben.

Was wir uns gewünscht haben, ist natürlich, dass mehr Leute mit Romahintergrund mit der Zielgruppe arbeiten. Ich glaube, dann wären die Erfolge viel größer. Dann wären

die Zugänge vielleicht auch besser gewesen. Es gäbe auch eine größere Vorbildfunktion für die Kinder, für die Jugendlichen, für die Leute insgesamt und mehr Erklärungen für die Familien, wie das Leben hier in Deutschland eigentlich läuft, wie es hier funktioniert.

Ich habe das Glück, über das SOE-Programm eingestellt worden zu sein und in der Stadt Bergheim im Rhein-Erft-Kreis zu arbeiten. Als ich dort angefangen habe, hatten wir im Stadtteil Ahe das Problem, dass viele Kinder nicht zur Schule gegangen sind. Als Erstes haben wir mit den Eltern gesprochen und ihnen gesagt, dass die Kinder in den Kindergarten müssten, bevor sie in die Schule kämen. Wir hatten natürlich viele Widerstände, aber letztendlich haben wir es geschafft, das innerhalb von einem Jahr, eineinhalb Jahren total umzudrehen. Die Eltern sind dann von alleine zu uns gekommen und haben nach einem Kindergartenplatz gefragt. Mittlerweile haben wir viele Kinder im Stadtteil, und die Eltern kommen ständig und regen sich auf: Das Kind ist schon vier Jahre alt und wurde rechtzeitig angemeldet. Warum ist es noch nicht im Kindergarten? – Das ist einer der Erfolge, die wir hatten. Wir haben damit angefangen, dass die Kinder erst einmal in den Kindergarten kommen, denn dann schließen sie natürlich Freundschaften und haben weniger Probleme. Sie weinen nicht, wenn sie zum Schulanfang in der Schule sind. Die Lehrerinnen und Lehrer können besser mit ihnen arbeiten.

Ich bin 1973 nach Deutschland gekommen, da war ich zehn Jahre alt. Der Vater hat immer gesagt: Nächstes Jahr fahren wir wieder zurück. – Die Gastarbeiter haben immer ein oder zwei Jahre Aufenthalt bekommen. Ich wollte immer zurück: Papa, wann fahren wir wieder zurück? – Nächstes Jahr. – Das Jahr war vorbei: Papa, wann fahren wir wieder zurück? – Nächstes Jahr. – Papa, wann fahren wir wieder zurück? – Es sind über 50 Jahre vergangen. Mein Vater ist 1970 nach Deutschland gekommen. Am 4. Mai ist er mit dem Zug losgefahren, am 6. Mai war hier. Der 6. Mai ist der größte Romafeiertag, der Georgstag. Am 8. Mai hat er angefangen, ohne Integrationskurs, ohne Deutschkurs; so wie es früher eben war.

In unserer Arbeit geht es um die Stärkung der Community, das ist unser ganz großes Anliegen, aber natürlich wollen wir auch als Problemlöser da sein. Wenn das Programm jetzt ausläuft, wäre es schön, wenn es in die Strukturen eingegliedert werden könnte. Ich wünsche mir, dass die Selbstorganisation der Roma strukturelle, institutionelle Förderung bekommt und man sich diesem Thema widmen kann. Die Selbstorganisation der Roma kann eine tragende Rolle spielen, darauf sollten wir zurückgreifen. Das trauen wir uns auf jeden Fall zu.

Herr Rummel wird gleich sicherlich etwas dazu erzählen, dass wir im Rahmen unserer Vereinsarbeit einige Bildungsberater ausgebildet haben. Wir stellen uns natürlich gerne zur Verfügung. Es geht nur mit uns. Ich bitte die Politik, ich bitte Sie alle hier: Wenn es um das Thema „Roma“ geht, nehmen Sie uns mit ins Boot. Reden Sie mit uns. Wir haben einige Diskussionsveranstaltungen gemacht, auch mit Landtagspolitikern, die das Motto „Sprecht mit uns, nicht über uns“ hatten. Nehmen Sie uns bitte mit ins Boot, dann können wir einiges leisten. Wir sind Ansprechpartner für Sie, und unsere jungen Leute sind Ansprechpartner und Vorbilder für die Kinder und Jugendlichen.

Peter Rummel (Carmen – Internationaler Kultur- und Sportverein der Roma): Wir haben vor fünf Jahren die Gelegenheit gehabt, 22 Roma unterschiedlichen Alters und unterschiedlicher Vorbildung zu Bildungsberatern, Bildungsberaterinnen, Mediatoren, Mediatorinnen zu qualifizieren. Sie sind seither in zunehmendem Maße in ganz Nordrhein-Westfalen unterwegs, an Schulen, aber auch an Jugendämtern, um Konfliktsituationen zwischen Roma und Behörden zu schlichten, um zu mediieren.

Ein weiterer wichtiger Aspekt: Wir werben für Bildung. Wir werben für Bildung, indem wir Romafamilien fragen: Warum kommt ihr her? – Wir wollen eine bessere Zukunft für unsere Kinder. – Wie kann man die in Deutschland schaffen? Über Bildung. Und dann kommt das ganze Instrumentarium.

Eben wurde das Misstrauen der Zuwanderer gegenüber den Behörden, gegenüber Deutschland erwähnt. Das Misstrauen der Roma beruht auf Diskriminierung, Vertreibung, Verfolgung, Ermordung über Jahrhunderte hinweg, auch durch das Dritte Reich. Das wirkt bis heute nach. Ein ganz wichtiges Element ist daher, Vertrauen zu schaffen. Vertrauen schafft man, indem man Menschen aus der Romacommunity, die mit dem System vertraut sind, zu den Zuwanderern schickt, damit sie mit ihnen darüber sprechen, wie Deutschland funktioniert, wie Deutschland zu Zuwanderern steht.

Ich denke, da stehen auch Sie als Politiker in der Verantwortung. Es kommt bei der Romacommunity sehr gut an, wenn Landtagsabgeordnete, wenn Kommunalpolitiker dort hingehen und sagen: Ich bin euer Vertreter. Ich bin derjenige, der dazu beiträgt, die Lebensverhältnisse zu verbessern.

Noch ein kleiner Tipp für Sie: Die Roma aus Rumänien, Bulgarien sind EU-Bürger, und sie sind im nächsten Jahr bei der Kommunalwahl ab 16 Jahren wahlberechtigt. Wir haben bei der Landesregierung ein Projekt beantragt, um Roma auf diese Wahl politisch vorzubereiten und sie zu mobilisieren, damit sie wählen. – Danke schön.

Sami Dzemailovski (Carmen – Internationaler Kultur- und Sportverein der Roma):
Ich wollte noch kurz ergänzen, ...

Vorsitzender Dr. Gregor Kaiser: Ich muss da wegen der Zeit leider reingehen. Wir machen gleich aber noch eine Runde, und dann können Sie ergänzen.

(Sami Dzemailovski [Carmen – Internationaler Kultur- und Sportverein der Roma]: Okay!)

Detlef Schütt (Kreis Coesfeld): Ich will die Fragen gerne beantworten. Eine war, ob wir denken, das mit dem Case-Management auffangen zu können, wenn die SOE-Förderung nicht mehr vollzogen, nicht mehr angeboten wird. Als Landkreis haben wir eh schon eine sehr gute Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden. Seit 2005 sind wir Optionskommune, das heißt, wir teilen uns die Arbeitsvermittlung mit den Städten und Gemeinden, haben dort sehr gute Vernetzungen. Das Case-Management haben wir aufgeteilt zwischen Kreis, Städten und Gemeinden, auch dort gibt es bereits sehr gute Netzwerke. In der Stellungnahme hatte ich geschrieben, dass wir auch mit den hier aktiven Vereinen, Aktion Würde und Gerechtigkeit, TAMAR und Jan Bibijan

entsprechende Netzwerkstrukturen aufgebaut hätten, sodass wir schon glauben, dass wir das mit dem vorhandenen Personal regeln können.

Wichtig wäre allerdings – das war die Frage der FDP –, was im Zuge der Reduzierung der Integrationsinfrastruktur mit den Case-Management-Stellen passiert. Dazu hört man, dass das eventuell auf den tatsächlichen Bestand reduziert werden sollte. Das wäre schwierig. Bei uns im Kreis haben wir alle Stellen besetzt, die uns zur Verfügung stehen. Insofern meinen wir zwar, dass wir das können, aber wichtig wäre, dass dort eben nicht gekürzt wird. Es ist wichtig, verlässliche Strukturen zu haben.

Bürokratieabbau: Ein Förderprogramm ist immer einfacher als 25 verschiedene, da man dann für jede Facette eigens abrechnen muss.

Beim Thema „Schrottimmobilien“, das gerade angesprochen worden ist, gibt es einen Unterschied zwischen Stadt und Land. Die Problematik, dass die insbesondere an die SOE-Community vermietet werden, wie man es aus den Großstädten hört, kennen wir im Kreis nicht wirklich.

Martina Soddemann (Stadt Hagen): Ich kann mich vielem von dem anschließen, was Herr Gerwin, Herr Dzemailovski und Herr Rummel gesagt haben. Dazu ein paar Ergänzungen: Es wurde nach der Fortführung bzw. nach den Auswirkungen auf die Integration gefragt. Auch bei uns ist das SOE-Förderprogramm ein Baustein in einem Gesamtkonzept. Wir haben ein Gesamtkonzept „Integration“, und wir haben ein spezifisches Gesamtkonzept für die Zielgruppe „Südosteuropa“. Wir haben einerseits einen Gesamtansatz und andererseits einen spezifischen Blick auf diese Zielgruppe. Insofern sind da wesentliche Bausteine integriert.

Genau wie in Gelsenkirchen und Dortmund spielt bei uns das Konfliktmanagement eine zentrale Rolle. Es sorgt dafür, dass wir an verschiedenen Stellen den Frieden in der Stadt besser aufrechterhalten können, als wir das ohne das Programm tun könnten.

Es gab die Frage nach Bildung, dazu ein Beispiel: Wir haben das Programm genutzt, um Bildungsmediation in einer Sekundarschule einzusetzen. Das ist in Anlehnung an ein anderes Förderprogramm geschehen, das nur an Grundschulen zulässt. Wir haben die Mittel genutzt, weil wir eine Sekundarschule haben. Da liegt der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit Südosteuropahintergrund bei 27 %. An der Schule ist es tatsächlich eine Frage des Vertrauens und danach, welchen Stellenwert Bildung hat. Man muss immer dazusagen: Bei der Zielgruppe haben wir häufig eine hohe Fluktuation. Wir fangen immer wieder von vorne an, zu erklären. Viele Schülerinnen und Schüler kommen in die Sekundarstufe I, um anzukommen. Dort setzen wir jetzt Bildungsmediation ein. Das ist eine Kollegin mit Communityhintergrund. Da kann ich nur all das bestärken, was Sie gesagt haben: Es ist unheimlich wichtig, Menschen aus der Community zu haben, die diese Vertrauensbasis schaffen. Seitdem wir das machen, gibt es spürbare Erfolge hinsichtlich des Rückgangs der Schulpflichtverletzungen. Das ist ein zentrales Thema bei dieser Zielgruppe, das haben wir an vielen Schulen, und deswegen ist es so wichtig, eine Person zu haben, die Vertrauen schafft, die mit den Eltern und der Schule zusammen darauf hinwirkt, dass eine Teilnahme sichergestellt wird.

Beziehungsarbeit bedeutet auch Verlässlichkeit in der Struktur. Es können also nicht wechselnde Personen sein, es muss eine Person sein, die ansprechbar ist, auch für die Schule oder die Kita. Wir haben den Schwerpunkt auf die Sekundarstufe I gelegt, weil es im Grundschulbereich ein ähnliches Programm gibt.

Das würde jetzt tatsächlich wegfallen, und das würde – das zeigen die Anfragen und Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern bei uns in den politischen Gremien – wieder dazu führen, dass es entsprechende Konflikte gibt. Wenn die Kinder nicht in der Schule sind, kommt neben dem fehlenden Bildungszugang hinzu, dass sie dann auf der Straße Dinge machen, die wieder zu Konflikten führen. Jeder weiß, dass Kinder in dem Alter eigentlich in der Schule sein sollten. Das ist also ein niederschwelliger Zugang, der uns an vielen Stellen hilft – wie an diesem Beispiel deutlich gemacht.

Was wir in Hagen gemacht haben, ähnelt dem, was Sie geschildert haben. Wir haben eine Vereinsgründung unterstützt, was dazu geführt hat, dass es jetzt eine Stimme gibt, mittels derer wir weiter auf die Community zugehen können. Weil Vereinsgründungen in Deutschland aber nicht so einfach sind, bedarf es auch hier einer strukturellen Unterstützung. Nicht alle Menschen, die zuwandern, können mit unseren Vereinsstrukturen so umgehen wie wir. Aber ich glaube, auch andere sind damit überfordert, Vereinsgründungen und Ähnliches vorzunehmen. Sie müssen jedenfalls den Zugang zu Fördermitteln finden oder Projektanträge stellen können.

Ein weiterer wichtiger Baustein bei uns: Wir haben es endlich geschafft, einen Zugang zu unseren vier Pfingstgemeinden zu finden. Der Zugang über diese Schiene ist in den Kommunen vor Ort unendlich wichtig.

Wir haben mit der FernUniversität in Hagen eine Studie gemacht und Menschen mit derartigem Hintergrund umfänglich befragt: Was ist Ihre Motivation, warum sind Sie in Hagen? Was wünschen Sie sich in der Stadt Hagen? – Ein großes Thema war tatsächlich: Ich möchte, dass es meinen Kindern bessergeht.

Um bei den Gemeinden, bei den Menschen, die da Einfluss haben und mitwirken können, einen Ansatz zu haben, brauchen wir als Verwaltung Mittler, auch weil es dieses Misstrauen gibt. Diese Mittler beschäftigen wir über das Programm bzw. das Quartiersmanagement. Das ist keine klassische Aufgabe des Case-Managements. Beim Case-Management gibt es andere, komplexere Fragestellungen, einen anderen Zugang, ein anderes Vorgehen.

Die Frage zu den Schrottimmobilen: Das ist in Hagen gleichermaßen Thema wie in Gelsenkirchen, deswegen sind wir jetzt intensiv in den Austausch gegangen, um vielleicht von den Erfahrungen von Gelsenkirchen hinsichtlich der Förderlinie profitieren zu können. Wir haben dieses Problem also auch. Es gibt ein ganz konkretes Beispiel dazu, wie das zusammenwirkt und warum das Bausteine sind. Die Sprach- und Kulturmittler, die wir über das Programm einsetzen, gehen selbstverständlich in einer Taskforce, bestehend aus allen zentralen Akteuren aus Sicherheit und Ordnung, Jugendamt, Jobcenter und Familienkasse, mit in diese Problemimmobilien. Dort werden dann Kontrollen durchgeführt. Die Sprachmittler sind unendlich wichtig, weil sie eben eine Mittlerrolle haben. Wenn dort beispielsweise Kinder sind, muss das Jugendamt gucken, wie es mit ihnen weitergeht, wenn die Wohnung geräumt werden muss. Dann braucht man

Menschen, die der Community vertraut sind und die ermöglichen können, die Kinder vom Jugendamt gut versorgen zu lassen.

Vorsitzender Dr. Gregor Kaiser: Sie müssten so langsam zum Ende kommen.

Martina Soddemann (Stadt Hagen): Das tue ich. Ich glaube, ich habe jetzt auch alle Fragen beantwortet. – Jedenfalls war das an dieser Stelle der Zusammenhang mit Sicherheit und Ordnung. Schrottimmobilien und Ähnliches sind in Hagen auch extrem präsent.

Vorsitzender Dr. Gregor Kaiser: Herr Dr. Mittmann, möchten Sie noch ergänzen?

Dr. Thomas Mittmann (Stadt Hagen): Ich habe dem nichts hinzuzufügen.

(Martina Soddemann [Stadt Hagen]: Ich habe die ganze Zeit gebraucht!)

Silvia Gosewinkel (SPD): Ich habe noch drei Fragen an Frau Soddemann von der Stadt Hagen und Herrn Gerwin von der Stadt Gelsenkirchen.

Welche Vorteile bietet das Förderprogramm für die Arbeit mit Menschen aus Südosteuropa im Vergleich zum bisherigen Case-Management im KIM? Wenn Sie dazu bitte ausführen könnten.

Die zweite Frage: Inwiefern sind die im Antrag vorgeschlagenen Maßnahmen zur besseren Vernetzung und Koordination zwischen den Kommunen und den Trägern wichtig für die effektive Integration der Zugewanderten?

Dritte Frage: Welche Auswirkungen könnten diese Maßnahmen auf Ihre kommunale Arbeit haben?

Gönül Eğlence (GRÜNE): Ich würde gerne an Carmen e. V. noch Fragen richten: Gibt es zwischen Bildungsberater*innen und Mediator*innen und Lehrkräften eine konkrete Zusammenarbeit? Mich würde auch interessieren, ob das Lehrkräfte mit Zuwanderungsgeschichte und/oder Romabackground sind.

Enxhi Seli-Zacharias (AfD): Ich würde gerne noch einen Aspekt durchleuchtet wissen. Ich möchte aber ungern jemanden persönlich ansprechen. Ich sage einfach mal: Wer sich dazu äußern kann bzw. will, sollte sich bitte dazu äußern.

Zumindest in Gelsenkirchen sprechen die Zahlen für sich – ich denke, Herr Gerwin wird mich dahin gehend gleich unterstützen –: Wir haben mit der Fluktuation innerhalb dieser Klientel ein gewisses Problem in dem Sinne, dass ein Programm eine Gruppe nur dann erreichen kann, wenn sie dauerhaft dort wohnen bleibt. Je nach Stadt gibt es da Variationen, aber in Gelsenkirchen sprechen die Zahlen für sich. Wie geht man damit um, auch langfristig betrachtet? Glauben Sie, dass Fluktuation innerhalb dieser

Community ein Problem bleiben wird, kann sich das vielleicht verstetigen? Welche Maßnahmen wären effektiv?

Vorsitzender Dr. Gregor Kaiser: Ich will Sie dennoch bitten, dass an Sachverständige zu adressieren.

Enxhi Seli-Zacharias (AfD): Okay, alles klar. – Dann geht das zunächst an Herrn Dzemailovski und Herrn Rummel. Vielleicht können Sie als diejenigen, die mit der Community mehr zu tun haben, dazu etwas sagen. Herr Gerwin kann auch gerne etwas dazu sagen, weil er die Zahl sicherlich sofort parat haben wird, und vielleicht auch Frau Soddemann.

Uwe Gerwin (Stadt Gelsenkirchen): Bei einer Frage ging es noch mal um das Case-Management im Rahmen von KIM im Vergleich zu dem, was die Sozialarbeitenden im Rahmen des Förderprogramms „SOE“ tun. Etwas flapsig könnte man sagen, dass das ein Vergleich von Äpfeln und Birnen wäre. Aus meiner Sicht kann man das nicht miteinander in Zusammenhang bringen, weil KIM eine sehr klare Kontur und Struktur hat. Es gibt drei Bausteine etc., und die Case-Manager haben aus meiner Sicht die Aufgabe, sich nach einem klaren Konzept um Menschen mit sehr komplexen Problemlagen zu kümmern. Es gibt hinsichtlich dessen, was ein Case-Management-Fall ist, eine klare Zuweisung, einen Prozess. Es gibt dicke Borschüren der Uni Frankfurt dazu, wie genau das zu verlaufen hat.

Hier aber reden wir über ein sehr flexibles, passgenaues Agieren im Stadtteil. Wir reden über muttersprachliche Menschen derselben Community, die eher brückenbauende Elemente sind. Das ist aus meiner Sicht eine andere Liga, ein anderer Arbeitsbereich. Das passt für mich, zumindest in Gelsenkirchen, nicht zusammen. Eine Überführung in KIM kann also gerne stattfinden, aber mit einem zusätzlichen Baustein, der von den Förderrichtlinien her die Möglichkeit bietet, dieses niedrigschwellige Element mit anzubieten.

Gelsenkirchen ist ja ziemlich gut, aber den Stein der Weisen haben wir auch nicht gefunden. Beim großen Thema der Integration und der Frage, wie wir die Städte gestalten, brauchen wir den Austausch mit anderen Städten, Kreisen und Kommunen. Außerdem brauchen wir meines Erachtens eine Koordination auf Landesebene. Zum einen geht es darum, die besten Rezepte auszutauschen und zu schauen, wie wir agieren können. Zum anderen geht es um Gesetzgebungen. Wenn es um Krankenkassen oder EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit geht, sind Gesetzgebungen gefordert. Wenn es um städtebauliche Regelungen geht, ist es meines Erachtens wichtig, dass seitens des Landes Forderungen an Bund und EU gerichtet werden.

Ich glaube, es ist deutlich geworden: Das ist kein singuläres Bildungsthema, sondern viele Bereiche wie Recht, Arbeitsmarktintegration, Gesundheit und Städtebau spielen eine Rolle. Letztendlich geht es um die Stabilisierung von Stadtteilen bzw. Städten, die ihre Herausforderungen haben, und das geht nur interdisziplinär. Die Zusammenarbeit zwischen den Kommunen – das bekommen Sie hier ja auch mit – ist elementar und wichtig, um die besten Rezepte auszutauschen.

Die Fluktuation habe ich mir ehrlich gesagt nicht angesehen. Ich weiß aber, dass die sehr hoch ist. Mittlerweile dauert diese Zuwanderung seit 2013 an. Ich glaube, wir haben eine bunte Mischung aus Menschen, die bleiben, und Menschen, die weiterziehen. Natürlich wäre es bei der Anmeldung im Bürgercenter hilfreich, zu wissen, ob die Menschen nur auf der Durchreise sind oder ob sie langfristig in der schönen Stadt Gelsenkirchen bleiben wollen. Es ist aber schwierig, das herauszubekommen. Die Menschen, die in dieser Stadt angemeldet sind, sind Gelsenkirchener Bürgerinnen und Bürger. Wir als Verwaltung sind deren Dienstleister und müssen schauen, dass wir sie nach bestem Wissen und Gewissen unterstützen, sodass sie einerseits Fuß fassen können, aber andererseits auch Regeln einhalten. Natürlich haben wir eine Riesenfluktuation. Natürlich fangen wir an vielen Stellen wieder von vorne an. Natürlich versuchen wir bei den Erstkontakten herauszubekommen, wie die Perspektiven der Familien sind. Natürlich haben wir mittlerweile Menschen, die bleiben, die seit mehreren Jahren hier sind, aber auch Menschen, die sehr schnell weiterziehen. Ich zitiere an dieser Stelle immer gerne eine Sozialdezernentin aus Dortmund: Sie werden bleiben. – Egal, wie ordnungspolitisch restriktiv man agiert, die Menschen kommen, und sie werden bleiben. Es sind Gelsenkirchenerinnen und Gelsenkirchener. Es ist unsere Aufgabe, die Menschen zu unterstützen und zu schauen, dass das Stadtgeschehen funktioniert.

Sami Dzemailovski (Carmen – Internationaler Kultur- und Sportverein der Roma):

Ich habe mir das auch aufgeschrieben: Sie werden bleiben. – Deswegen habe ich vorhin die Geschichte von mir, von uns erzählt. Wir als Gastarbeiter dachten auch, dass wir zurückgehen würden, aber wir sind jetzt seit 50, 60 Jahren hier in Deutschland. Unsere Kinder sind Fans der deutschen Nationalmannschaft. Wir sind Deutsche. Genauso wird es auch mit diesen Menschen sein.

Sie haben viel Ausgrenzung in der eigenen Heimat erlebt, deswegen sind sie weg. Sie haben sehr viel Rassismus und Diskriminierung erlebt. Die Kinder wurden in der Schule separiert. Die Freiheit, die sie hier erleben, dass sich jemand für sie, für ihre Kinder interessiert, dass es ihnen gut geht, dass sie nicht separiert werden – all das ist Neuland für sie. Es muss bei ihnen erst einmal ankommen: Diese Leute, diese Schulen wollen nichts Böses für meine Kinder, sondern etwas Gutes; diese Gesellschaft, diese Politik versucht nicht, uns auszugrenzen, sondern uns mitzunehmen; wir haben hier alle Möglichkeiten, uns zu entwickeln. – Dazu tragen wir mit unserer Arbeit teilweise bei.

Ich muss noch einmal zu bedenken geben: Es ist wirklich eine sehr junge Community, es sind sehr viele Kinder. Diese Kinder werden in den Schulen ankommen, werden Freundschaften schließen. Irgendwann nach der neunten, nach der zehnten Klasse sagen sie: Ich will eine Ausbildung machen. – Die Eltern wissen nicht, was eine Ausbildung ist, sie haben so etwas in der Heimat nicht gemacht, aber die Kinder wollen das, das ist ein Erfolg für die Familie, und dann machen sie das. Dann sind sie hier angekommen. Diese jungen Leute brauchen wir. Deshalb müssen wir diese Community mitnehmen und dürfen sie nicht links liegen lassen. Ich glaube, es ist eine große Chance, diese Kinder mitzunehmen, auch weil unsere Gesellschaft immer älter wird.

Zum Thema „Fluktuation“: Ich habe im Rahmen meiner Arbeit viele junge Familien kennengelernt, die in Irland, Spanien oder Italien waren, aber wieder hierhin gekommen sind. Die sind auf der Suche, wirklich auf der Suche. Wo ist es am besten, in Großbritannien oder hier? Ich bin mir hundertprozentig sicher, dass sie etwas Besseres als Deutschland nicht finden werden. Es wird klingeling machen, und sie werden hierbleiben. Glauben Sie mir, sie werden hierbleiben, deswegen müssen wir unser Bestes dafür tun, sie gut zu integrieren.

Peter Rummel (Carmen – Internationaler Kultur- und Sportverein der Roma): Wir sind mit einem Projekt in der Gemeinde Bönen unterwegs. Dort gibt es eine Community von rund 250 Roma, ca. 15 Familien. Grundsätzlich sind sie in Arbeitsverhältnissen. Wenn jemand aus einem Arbeitsverhältnis herausfällt, setzt er alles daran, wieder in ein Arbeitsverhältnis zu kommen. Das Problem ist, dass sie oft in prekären Arbeitsverhältnissen sind, die dann eben auch unsicher sind. Dann kommen sie natürlich auch zum Teil in den Leistungsbezug – aber wie gesagt: Nach Möglichkeit wollen sie da so schnell wie möglich wieder heraus. Aufstockende Leistung, Kindergeld usw. – na klar. In Bönen sind es kinderreiche Familien mit drei bis neun Mitgliedern. Neun Familienmitglieder, Dreizimmerwohnung, Müll, Lärm – klar, das muss man lösen. In Bönen wäre die Community sogar bereit, zu bauen, wenn man ihr Bauland zur Verfügung stellen würde – wenn das kein Zeichen dafür ist, dass sie hierbleiben wollen. Das zentrale Element sind aber wie gesagt stabile Arbeitsverhältnisse, die nach Möglichkeit ein auskömmliches Einkommen bieten.

Dann geht es natürlich auch um den Aufbau von Vertrauen, den Einsatz von Roma, von Menschen aus der Community als Brückenpersonen zwischen den Zugewanderten und der einheimischen Gesellschaft. Außerdem müssen wir die Zivilgesellschaft mobilisieren. In Greven haben wir es geschafft, dass der Heimatverein die dortigen Roma unter seine Fittiche genommen hat. In Bönen sind wir dabei, dass die Landfrauen sich mit den Roma zusammentun und die Frauen unter ihre Fittiche nehmen. Das erfordert Zeit, und das erfordert Personal. Das Personal muss bezahlt werden, das geht nicht mal so eben nebenbei mittels ehrenamtlicher Arbeit oder unterbezahlter Honorarverträge.

Martina Soddemann (Stadt Hagen): Der Antwort von Herrn Gerwin zu den Vorteilen gegenüber dem Case-Management kann ich im Prinzip nichts hinzufügen. Ich glaube, es ist deutlich geworden, wie sich das vom KIM-Case-Management unterscheidet. Ich würde aber eine Ergänzung machen wollen: Die Dinge würden schon zusammenpassen, wenn man die KIM-Struktur entsprechend anpassen würde, weil das dann der niederschwellige Zugang zu einer Struktur wäre, mittels derer ganz andere Themenstellungen professionell in den Blick genommen werden könnten. Man braucht aber diesen niederschwelligem Zugang, und dafür braucht es einen angepassten KIM-Baustein. Dann aber würde das natürlich sehr gut zusammenpassen, weil diese beiden Strukturen sich jeweils stärken würden. Das ist zumindest unsere Erfahrung. Wir haben nämlich tatsächlich auch multiprofessionelle Teams im Einsatz.

Was die Vernetzung angeht: Ich kann sagen, dass es gerade zwischen denjenigen Städten Austausch gibt, die eine besonders hohe Betroffenheit haben. Diesen Austausch organisieren wir kommunal. Das ist sicherlich nichts, was man irgendwo etablieren müsste. Auch das hat Herr Gerwin gesagt: Am Ende braucht es bei diesem Thema einen koordinierten Zugang, weil so viele Disziplinen betroffen sind. Die Gesundheitsförderung ist gerade angesprochen worden. Es gibt Umsetzungsprojekte in Dortmund, wohl auch in Gelsenkirchen, die Hagen noch nicht hat. Wir finanzieren für Menschen, die nicht krankenversichert sind, über dieses Programm einen Zugang zur Gesundheitsversorgung. Das sind aktuell immerhin 200 Fälle pro Jahr, die wir mit einem relativ kleinen Betrag abdecken. Natürlich wünschen wir uns, dass es Möglichkeiten gäbe, das strukturell abzusichern. Das ist ein Beispiel.

Schrottimmobilien, Wanderungsbewegungen, kriminelle Strukturen wurden schon angesprochen. Da bedarf es einer systematischen Zusammenarbeit, die sinnvollerweise auf Landesebene koordiniert wird, weil wir dann den Vorteil hätten, dass das Land gemeinsam mit Bund und EU in Sachen erforderlicher Gesetzesänderungen tätig werden könnte, etwa was die Freizügigkeit angeht.

Eine Frage zielte auf die Fluktuation. Ich kann für Hagen sagen, dass wir da ungefähr einen Ausgleich haben. Im letzten Jahr sind rund 1.000 Personen neu gekommen und 1.000 gegangen. Daran merken Sie, dass es tatsächlich Wechselbewegungen gibt. Wir haben insgesamt aber 7.200 Personen, es wandern also nicht alle. Man muss immer sehr genau hinschauen. Am wichtigsten ist Beziehungsarbeit, damit Menschen sich in der Stadt zu Hause fühlen und bleiben und wir in der Community Integrationsprozesse haben. Das braucht Zeit, das braucht Menschen, die sich kümmern, das braucht Zugänge. Das ist am wichtigsten.

Seitens des Vereins wurde deutlich gemacht, dass es vor allem darum gehe, die Kinder in unsere Strukturen einzubinden, Schule, Kita usw. Da gebe ich aber auch zu bedenken, dass wir als Kommunen angesichts der Zuwanderungszahlen entsprechende Infrastrukturen im Bereich von Kita und Schule schaffen müssen. Das gehört mit dazu. Das setzen wir aktuell aber schon massiv um.

Vorsitzender Dr. Gregor Kaiser: Wir sind am Ende der heutigen Anhörung angekommen. Ich bedanke mich bei allen Sachverständigen für ihre detailreichen Ausführungen und Erläuterungen. Ich denke, dass diese den Abgeordneten, den Fraktionen dabei helfen werden, den Antrag zu bewerten, um dann zu einer guten Lösung zu kommen.

gez. Dr. Gregor Kaiser
Vorsitzender

Anlage

26.09.2024/02.10.2024

Anhörung von Sachverständigen
des Integrationsausschusses,
des Ausschusses für Schule und Bildung
des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales und
des Ausschusses für Heimat und Kommunales

**Schwarz-Grün darf Kommunen nicht im Stich lassen –
das „Förderprogramm Südosteuropa“ muss weitergeführt werden**
Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 18/9160

am Dienstag, dem 17. September 2024
15.00 bis (max.) 17.00 Uhr, Raum E3 D01, Livestream

Tableau

eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
Landkreistag Nordrhein-Westfalen Düsseldorf	<i>keine Teilnahme</i>	18/1708
Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen Düsseldorf	<i>keine Teilnahme</i>	---
Städtetag Nordrhein-Westfalen Köln	Andre Schuster	18/1753
Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege des Landes Nordrhein-Westfalen c/o Deutsches Rotes Kreuz Landesverband Nordrhein e.V. Düsseldorf	<i>keine Teilnahme</i>	---
Landesintegrationsrat Nordrhein-Westfalen Düsseldorf	<i>keine Teilnahme</i>	18/1699
Netzwerk Lehrkräfte mit Zuwanderungsgeschichte des Landes NRW Düsseldorf	<i>keine Teilnahme</i>	---

eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
Büro Stadträtin Zoerner Dezernat für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Sport und Freizeit Leiterin Strategische Sozialplanung Christiane Certa Dortmund	Uwe Gerwin	18/1730
Carmen e.V. Sami Dzemailovski Internationaler Kultur- und Sportverein der Roma Carmen e.V. Düsseldorf	Sami Dzemailovski Peter Rummel	18/1760
Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung mbH Bottrop	<i>keine Teilnahme</i>	18/1716
Kreis Coesfeld Dezernent Detlef Schütt Coesfeld	Detlef Schütt	18/1707
Stadt Hagen Martina Soddemann Beigeordnete für Jugend und Soziales, Bildung, Integration und Kultur Hagen	Martina Soddemann	
Stadt Hagen Dr. Thomas Mittmann Stellvertretende Abteilungsleitung Kommunales Integrationszentrum Sachgruppenleitung Kommunales Integrationsmanagement (KIM) Hagen	Dr. Thomas Mittmann	18/1706 (Neudruck)

Weitere Stellungnahmen:

--	--